

NEIN zum Polizeigesetz der Landesregierung!

Wann ich auflege, entscheide ich selbst!

Wann ich mich testen lasse, entscheide ich selbst! Was ich auf meinem Rechner speichere,
entscheide ich selbst! Wer mich castet, entscheide ich selbst!

mehr: <http://www.dielinke-sachsen-anhalt.de/index.php?id=18812>

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

03. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

12. Februar 2013

Vor uns liegen anstrengende, aber auch aufregende Monate...

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

DIE LINKE kämpft in diesem Jahr um ihren Platz in Politik, Gesellschaft und sozialen Bewegungen.

Wir haben uns seit 2005 als Partei des Neins zu sozialer Entrechtung und Krieg profiliert. Seit dem Parteitag in Göttingen sind wir dabei, die Partei neu zu orientieren. Solidarität bedeutet für uns, die politischen Auseinandersetzungen mit Biss nach oben zu führen, damit soziale Gerechtigkeit durchgesetzt werden kann. Trotz sozialerer Rhetorik der anderen Parteien bleibt dies unser Alleinstellungsmerkmal. In den Umfragen stehen wir wieder zwischen sechs und acht Prozent. Das reicht uns nicht - aber wir sollten uns auch erinnern, wo wir vor einem guten halben Jahr standen.

Das Ergebnis der Landtagswahl in Niedersachsen war für uns alle eine Enttäuschung. Besonders für die Genossinnen und Genossen, die sich als Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer vor Ort, als Kandidatinnen und Kandidaten engagiert haben. Ihnen danken wir sehr herzlich für ihren großen Einsatz.

Die bundesweite Unterstützung für diesen Wahlkampf war beeindruckend, und wir sind stolz auf unsere Partei, die in diesem Wahlkampf auch bei klirrender Kälte gemeinsam gekämpft hat. Eine genaue Analyse sowie Schlussfolgerungen für die Schärfung unseres Profils werden wir in den nächsten Wochen ziehen. Die Herausforderungen dieses Jahres können wir nur durch eine gemeinsame Kraftanstrengung bestehen. Nach der schwierigen Zeit vor dem Göttinger Parteitag haben wir in den vergangenen Monaten im Partei-

vorstand gemeinsam wichtige Schritte hin zu einer neuen Kultur der kollektiven und kooperativen Führung der Partei gemacht. Nachdem wir als Parteivor-sitzende beauftragt wurden, einen Vorschlag für die Spitzenkandidatur zu unterbreiten, war für uns klar: Wir wollen eine Lösung, die die Partei eint und geschlossen in den Wahlkampf ziehen lässt. Geschlossenheit ist für eine Partei zwar nicht alles, aber ohne Geschlossenheit nutzt die beste Wahlkampagne wenig.

Sicher, die Entscheidung für ein achtköpfiges Team stellt erst einmal einen Bruch mit konventionellen Ritualen dar. Aber ist nicht der zunehmend inhaltsleere Personenkult auch Teil des Problems? Wenn wir den Einstieg in eine solidarische Alternative authentisch vertreten wollen, dann heißt das auch, ihn vorzuleben: gemeinsam statt einsam, miteinander statt gegeneinander, Kooperation statt Konkurrenz.

Nach ausführlicher Diskussion und mit einem zustimmenden Votum der Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände hat der Parteivorstand mit großer Mehrheit unserem Vorschlag zugestimmt.

Wir werben im Wahlkampf mit einem achtköpfigen Spitzenteam bundesweit um das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler. Acht Botschafterinnen und Botschafter für soziale Gerechtigkeit, Frieden, gute Arbeit und mehr Demokratie werden auf Bundesebene prominent unsere Positionen vertreten. Wir lassen uns als Partei nicht auf eine Person reduzieren, sondern leben aktiv den Teamgedanken. Unsere Stärke als Ideenwerkstatt für eine sozial gerechtere Gesellschaft spielen wir aus, indem wir Menschen mit Inhalten verknüpfen.

weiter auf Seite -2-

Wir wollen im Wahlkampf nicht weniger, sondern mehr Genossinnen und Genossen, die in Ost wie West im Wahlkampf präsent sind. Wir haben acht Genossinnen und Genossen gewonnen, die glaubwürdig, kompetent und authentisch auf den Kernfeldern des von uns angestrebten Politikwechsels verankert sind. Diese acht Köpfe für soziale Gerechtigkeit werden auf vielfältige und kreative Weise unser Sprachrohr zu den Bürgerinnen und Bürgern sein. Das Spitzenteam besteht gleichberechtigt aus Frauen und Männern, aus bereits bekannten, aber auch neuen, jungen Gesichtern.

Gregor Gysi steht für mehr Demokratie und Bürgerrechte. Er wird DIE LINKE als solidarische Alternative, als Motor für den Politikwechsel positionieren. **Sahra Wagenknecht** wirbt als profilierte Finanz- und Wirtschaftsexpertin für einen sozial gerechten Weg aus der Finanzmarktkrise.

Jan van Aken wird unsere Forderungen nach Gewaltverzicht in den internationalen Beziehungen und das Verbot von Rüstungsexporten vertreten.

Dietmar Bartsch bringt Haushaltskompetenz und die besonderen Erfahrungen des Ostens ein und steht für unseren Einsatz gegen die Benachteiligung des Ostens.

Klaus Ernst wirbt als bekannter Gewerkschafter für gute Arbeit, gerechte Löhne und für eine Rente, die den Lebensstandard sichert und Altersarmut verhindert.

Nicole Gohlke steht für gute und gebührenfreie Bildung für alle und eine enge Verbindung zu den studentischen Bewegungen.

Diana Golze steht für Sozialpolitik und gegen entwürdigende Hartz-IV-Sanktionen und wird eine laute Stimme für Kinder, Jugendliche und Familien sein.

Caren Lay wirbt für eine Energiewende mit sozialem Gütesiegel und für unser Engagement für bezahlbaren Wohnraum.

Viele haben uns gefragt, wieso wir als Vorsitzende nicht Teil des Spitzenteams sind. Wir sind vom Parteitag mit dem Auftrag gewählt worden, die Partei zusammenzuführen, ihr wieder eine inhaltliche Ausstrahlungskraft zu verleihen und die Beschäftigung mit uns selbst zugunsten der Arbeit an den Problemen der

Menschen zu beenden. Das enttäuschende Wahlergebnis in Niedersachsen hat uns jedoch einmal mehr verdeutlicht, dass der Parteaufbau an der Basis ein langer Weg ist. Die Schaffung einer attraktiven Parteilkultur, aktiver Mitmachmöglichkeiten und der Präsenz vor Ort ist für unsere junge Partei sowohl für einen erfolgreichen Wahlkampf als auch die langfristige Entwicklung wichtig. Dieser Aufgabe wollen wir uns verstärkt widmen.

Zusammen mit unserem Bundeswahlkampfleiter Matthias Höhn werden wir zudem in den nächsten Wochen und Monaten die Bundestagswahl weiter vorbereiten. So werden wir im Februar den ersten Entwurf des Wahlprogramms verabschieden und im März auf Regionalkonferenzen und Veranstaltungen mit hoffentlich vielen Genossinnen und Genossen diskutieren. Wir wollen uns mit aller Kraft auf diese, unsere Führungsverantwortung konzentrieren.

In diesem Sinne laden wir Euch ein, uns auf diesem Weg zu unterstützen. Vor uns liegen anstrengende, aber auch aufregende Monate, in denen der Spaß an der gemeinsamen Arbeit, die Freude über das gemeinsam Erreichte und das gute Gefühl, dass es wichtig und richtig ist, in der LINKEN aktiv zu sein, hoffentlich nicht zu kurz kommen.

Mit solidarischen Grüßen

Katja Kipping
Bernd Riexinger

Veranstaltungsreihe zur Kommunalpolitik

Ort: Halle (Saale), Blumenstr. 16

Zeit: 18 - 20 Uhr

Donnerstag, 28. Februar zum Thema

"Innenleben einer Stadtverwaltung"

mit dem Oberbürgermeister
der Stadt Halle (Saale),

Herrn Dr. Bernd Wiegand (parteilos),

Aus der Stadtratsitzung am 30.01.2013

Das wichtigste Ereignis zuerst: Wir haben eine neue Kulturdezernentin! Frau Dr. Judith Marquardt wurde im 2. Wahlgang mit einer überzeugenden Mehrheit gewählt! Sie war auch unsere Favoritin! Wir gratulieren und wünschen ihr für diese neue, interessante, aber auch schwierige Tätigkeit das Beste!

Genau vor 80 Jahren, also am 30.01.1933, tagte in Halle genau in den gleichen Räumen der Stadtrat. An diesem Tag übernahmen die Nationalsozialisten die Macht! An diesen denkwürdigen Tag, der den Beginn der geistig-kulturellen Zerstörung Deutschlands einleitete, erinnerte der Stadtratsvorsitzende Herr Bartl. Er zitierte aus Unterlagen, die die Situation in Halle an diesem Tag beschrieben. Zum Abschluss sprach er sich für den Erhalt und die Verteidigung der Demokratie aus!

Von der Tagesordnung wurden etliche Vorlagen und auch einige Anträge zurückgestellt, weil es noch Beratungsbedarfe in der Verwaltung oder in den Fachausschüssen gibt. Dazu gehörten u. a. das Klimaschutzkonzept, die Vorlage zur Prüfung von Mitgliedschaften der Stadt Halle, der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kita, Anträge zur Erhaltung des Baumbestandes und auch der Antrag von Petra Sitte zur partizipativen Kommunalpolitik.

Es kommt ganz selten vor; wir fassten im Stadtrat einen einstimmigen Beschluss:

Die Resolution zur Entlastung von nächtlichem Fluglärm! Inhaltlich geht es darum, dass der Stadtrat das Engagement der Stadtverwaltung und der Vertreter der Stadt Halle in der Fluglärmkommission

des Flughafens Leipzig/Halle zur Optimierung des Betriebsregimes des Flughabens zwecks Entlastung der halleschen Bürger von Fluglärm (Quelle: Beschlussvorlage) unterstützt.

Zugestimmt hat unsere Fraktion der Vorlage zum Integrierten Entwicklungskonzept Altstadt. In dieser Vorlage sind die Handlungsfelder formuliert, die insbesondere auf die Stärkung von Kultur, Bildung und Wissenschaft, auf die soziale Mischung unter den ca. 5.200 EinwohnerInnen in diesem Gebiet, auf die energetische Stadt-sanierung und touristischen Schwerpunktsetzungen gerichtet sind.

Nicht zustimmen konnten wir dagegen einem Änderungsantrag von Herrn Sommer (Fraktion Mit BÜRGER für Halle), der langfristig den Abriss der Plattenbauten am Schülershof beinhaltete. Swen Knöchel und Dr. Uwe Köck diskutierten dagegen mit den Argumenten, dass bezahlbarer Wohnraum in der Innenstadt erhalten bleiben müsse bzw. dass die Priorität für dieses Gebiet einfach noch nicht anstehe.

Beschlossen, auch mit unseren Stimmen, wurde die Änderung des Baubeschlusses zur öffentlichen Erschließung Infrastrukturprogramm/Gewerbebestandsgebiete Halle-Ost. Es geht um fast 3 Millionen Mehrausgaben für die Sanierung von Straßen im halleschen Osten. Mit einer Kritik dazu und der Forderung der Sichtbarmachung der verausgabten Mittel für welche Bereiche wurde die Vorlage mehrheitlich verabschiedet.

In Halle baut der Eigenbetrieb Kita

in der Schimmelstraße eine neue Kindereinrichtung mit finanziellen Mitteln des Programms STARK III. Diese Einrichtung wird gebraucht, deshalb stimmten wir dieser Vorlage auch zu, allerdings kritisierten in der Diskussion Dr. Bodo Meerheim und Ute Haupt, dass die Umsetzung der Barrierefreiheit und Forderungen der Inklusion nicht deutlich genug dargestellt wurden. Das soll nachgereicht werden!

Zugestimmt haben wir den Vorlagen Vorbereitung des Antragsverfahrens für Kitas im Rahmen des Programms STARK III und dem Jahresabschluss 2011/2012 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle.

Fast eine Stunde wurde zum gemeinsamen Antrag der Fraktionen DIE LINKE. und MitBÜRGER für Halle NEUES FORUM zur Kindertagesstätten-Zuschussfinanzierung diskutiert.

Zum Hintergrund: Laut Gesetzeslage können die Kommunen bis zu 5 Prozent der Gesamtkosten bei den freien Kita-Trägern als Eigenanteil abverlangen. Die Praxis war in Halle u.E. bisher anders, ja zum Teil sehr intransparent, so dass wir in dem Antrag einfordern wollten, diesen Eigenanteil auf 1,3 % der Sachkosten festzulegen, um (- und das wäre für einige Kitas so!) zu verhindern, dass die Betreiber von Kitas in finanzielle Engpässe kämen! In der Diskussion sprach u.a. Swen Knöchel sehr deutliche Worte! Er adressierte seine Kritik an den Beigeordneten Herrn Kogge: Kinderbetreuung ist kein Hobby, sondern Pflichtaufgabe und kein Experimentierfeld für Beigeordnete und stellte in Frage, ob das Handeln von ihm, Forderungen an die

Freien Träger für vergangene Jahre aufzumachen, rechtens sei. Wie schon erwähnt, entfachte sich eine sehr intensive, emotionsgeladene Diskussion, die durchaus Missstände und Kritiken in der Verwaltung ans Tageslicht brachte. Unser Antrag wurde letztlich im 1. Punkt (die Festlegung auf 1,3 Prozent) nicht angenommen, aber der 2. Punkt zur Festlegung von Kriterien zur Bemessung der wirtschaftlichen Kraft der Kitas. Diese Forderung ist wichtig, weil die Verwaltung zugesagt hat, dass mit den Trägern auf Grundlage der Gesetze Gespräche zur Festlegung des Eigenanteils geführt werden.

Eine ganze Reihe von Anträgen pasierte den Rat und wurde angenommen, wie z.B. der Prüfantrag zur Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Katzen und zur Ausweisung weiterer einfacher Sanierungsgebiete. Nicht beschlossen wurde u.a. die Temporäre Installation mobiler Fahrradabstellanlagen und die Prüfung von Kriterien für das Parken auf dem Hallmarkt.

Das Thema Videoüberwachung auf dem Markt führte auch noch einmal zu heftigen kontroversen Diskussionen. Die GRÜNEN wollten die Abschaffung der Kamera, die CDU den Erhalt. Am Ende fanden beide Anträge keine Mehrheit, alles bleibt wie es ist! Swen Knöchel betonte in der Diskussion, dass das Land letztlich zuständig sei und sprach sich für mehr Präsenz der Citywache aus, weil damit mehr Sicherheit gegeben sei. Wir haben dem Antrag der GRÜNEN zugestimmt.

Unser Antrag zur Kunst im öffentlichen Raum wurde mit großer Mehrheit im Stadtrat beschlossen!

Ute Haupt, Stadträtin

Eine neue Wette:

**Am 9. März und rund um den Internationalen Frauentag.
Unser Ziel: 500 Infostände.
Schaffen wir das?**

**In jeder Stadt ein Infostand.
Unser Land in linker Hand!**

Gut, jeder weiß: Wir sind in einem Wahljahr. Die Parteien versprechen wieder das Blaue vom Himmel. Doch da will (und darf) die LINKE nicht mitmachen. DIE LINKE ist immer noch die Partei der kleinen Leute und wird sich natürlich auch im Wahlkampf mit ganzer Kraft für diese kleinen Leute einsetzen.

Aber wie?

Meine seit Jahren engagierte Partnerin bei meinen Politwetten, die Unternehmerin mit dem linken Herzen (sie war früher, als Schülerin, mal aktiv in unserer SDAJ) meinte neulich: Klaus, diesmal sieht es aber gar nicht gut aus für Deine Linke. Wo ist sie eigentlich? Ich hab's ihr erklärt. Sie hat nur gelächelt und dann meinte sie, Du kannst viel reden, ich seh nichts. Und dann hats wieder gefunkt in Richtung einer neuen Wette. Ich hab lautstark angekündigt, dass die LINKE rund um den 9. März (Das ist das Wochenende mit dem Internationalen Frauentag) bundesweit mit mindestens 500 Infoständen oder anderen öffentlichen Aktionen Flagge zeigen wird (im letzten Jahr hatte die LINKE mit über 400 Infoständen schon einmal so eine Wette gewinnen können). Meine Wettpartnerin hat gelacht (diesmal nicht laut) und sie hat eingeschlagen: Wenn ich mein Ziel 500 erreiche, zahlt sie (wieder) für jeden Stand (der mit einem Foto verbunden mit dem Namen der Stadt nachgewiesen werden muss) 4 Euro für die Aktion Milch für Kubas Kinder. Sollte ich mein Ziel nicht erreichen, muss ich pro Stand einen Euro berappen.

Ich weiß: Eine gewagte Wette.

Aber ich kenn doch meine Linke und auch ihre Fähigkeit zur Mobilisierung. Und schließlich: Wir haben 16 Landesverbände. Also in jedem Landesverband 30 Infostände und schon ist unser Ziel erreicht. Und: Der 9. März ist ja noch weit. Aber die Vorbereitungen für den Infostand oder die Aktion sollten möglichst bald schon beginnen. Schön wäre auch, wenn ihr mich mit Ideen, Zusagen oder Vorbereitungen auf dem Laufenden halten würdet.

(JannRORE@t-online.de. Und weitere Einzelheiten findet ihr natürlich auf unserer Homepage www.linksdemokraten.de

Auf gehts Euer Klaus H. Jann

Der Stadtverband Halle (Saale) wird sich mit seinen Aktionen zum 8. März an der Wette beteiligen.

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Fraktion DIE LINKE. Im Landtag von Sachsen-Anhalt

Henriette Quade

Freiheit stirbt mit Sicherheit

Ein alter Slogan, der jetzt ein ganzes Stück mehr Realität werden könnte.

Sachsen-Anhalt soll ein neues Polizeigesetz bekommen. Der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf sieht eine enorme Ausweitung polizeilicher Befugnisse vor. So soll die Polizei beispielsweise ermächtigt werden, Telefongespräche und Internetkommunikation umfassend zu überwachen und sogar zu unterbrechen. Sogenannte Gefährdungslagen können auch Demonstrationen oder Kundgebungen im Sinne des Versammlungsgesetzes sein. Polizei wäre damit berechtigt, die Kommunikation von Teilnehmerinnen und Teilnehmern einer politischen Demonstration, wie z.B. einer Antinazidemo, nicht nur weiträumig abzu hören, sondern auch zu unterbrechen. Auch ohne richterliche Anordnung. Der Überwachungsstaat rückt ein Stück näher.

Auch mit der Einsatzmöglichkeit von Späh- und Schnüffelsoftware, wie dem Staatstrojaner, soll Polizei die Möglichkeit bekommen, das Privatleben von Menschen zu durchleuchten, ohne das überhaupt eine Straftat begangen wurde. Dass der Staatstrojaner vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig beurteilt wurde, kümmert die Landesregierung dabei offenbar wenig.

Zusätzlich soll die Videoüberwachung des öffentlichen Raums weiter ausgebaut werden. Wer in eine Straßenverkehrskontrolle gerät, soll künftig gefilmt werden können. Denn es besteht ja die

Möglichkeit, dass er aggressiv werden könnte. Zufällig vorbeigehende Passanten können dabei ebenso mitgefilmt werden, wie Kinder und andere Mitfahrerinnen und Mitfahrer. Allein das schränkt Grundrechte massiv ein. Sogenannte Anhaltesituationen sind aber auch Kontrollpunkte, die im Vorfeld von Demonstrationen oder auch Fußballspielen eingerichtet werden, um die Anreise zu kontrollieren. Wer damit rechnen muss, registriert zu werden, weil er an einer Demonstration teilnehmen könnte, der kann von seinem Recht auf Versammlungsfreiheit nicht uneingeschränkt Gebrauch machen. In einem Rechtsstaat wäre das ein unhaltbarer Zustand.

Auch mit der vorgesehenen Möglichkeit, Alkoholverbote an öffentlichen Plätzen auszusprechen, wird das selbstbestimmte Leben von Menschen zu Gunsten eines vermeintlichen Sicherheitsgewinns unzulässig eingeschränkt. Zudem wird hier der Eindruck vermittelt, gesellschaftliche Probleme wie Alkoholmissbrauch ließen sich durch Verbote lösen. Für DIE LINKE steht fest: Verbote führen lediglich zur Verdrängung der Probleme - was sich in Kommunen, die diese Alkoholverbote bereits ausgesprochen haben, sehr genau beobachten lässt. Ordnungspolitische Vorstöße wie dieser sind in unseren Augen eher Augenwischerei als tatsächliche Problemlösung. Eine verbesserte Präventionsarbeit und eine Finanzausstattung, die den Kommunen die Chance gibt, diese umzusetzen, wären viel notwendigere Schritte.

Die Landesregierung versucht mit dem neuen Polizeigesetz den Eindruck zu erwecken, in Sachsen-Anhalt gäbe es riesige Sicherheitslücken, die dringend geschlossen werden müssten. Die unverhältnismäßige Einschränkung von grundgesetzlich und in der Landesverfassung verbrieften Grundrechten nimmt sie dabei nicht nur leichtfertig in Kauf, sie betreibt ihn auch ganz bewusst.

Zahlreiche Sachverständige haben in der ExpertInnenanhörung des Landtages juristische und verfassungsrechtliche, fachliche und auch medizinische Einwände gegen den Gesetzesentwurf der Landesregierung dargestellt. Insbesondere auch die Frage der vorgesehenen Möglichkeit zum Zwangstest bei Verdacht auf Vorliegen einer infektiösen Erkrankung, wie zum Beispiel HIV, ist dabei scharf kritisiert worden. Die Landesregierung wäre gut beraten, der vielfältigen Expertise, die sich aus dieser Anhörung ziehen lässt, zu folgen. Das würde jedoch einen grundsätzlich anderen Gesetzesentwurf erfordern. Damit können wir leider nicht rechnen. Statt polizeiliche Kompetenzen auf rechtlich zweifelhafter und teilweise unzulässiger Grundlage auszuweiten, statt Sicherheitslücken zu suggerieren, die es gar nicht gibt, statt des weiteren Ausbaus von law and order braucht es aus Sicht der LINKEN ganz andere Dinge: Die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte auch in geschlossenen Einsätzen, also z.B. bei Demonstrationen, ist, das zeigen auch die Erfahrungen vom 12. Januar in Magdeburg, längst überfällig. Es ist weder

ein prinzipielles Mißtrauensvotum, noch ein Sicherheitsrisiko für die einzelnen Polizistinnen und Polizisten. Es ist eine für die Transparenz und die Nachvollziehbarkeit polizeilichen Handelns zwingend notwendige Voraussetzung, und damit ein Gebot der Rechtsstaatlichkeit.

DIE LINKE wird, sollten CDU und SPD das Polizeigesetz so beschließen, gemeinsam mit der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Klage vor dem Landesverfassungsgericht einreichen. Wir sind davon überzeugt, dass wesentliche Teile des Gesetzesentwurfs der Landesregierung nicht nur politisch falsch sind, sondern auch gegen die Verfassung des Landes verstoßen. Wennelementare Grundrechte, wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf informationelle Selbstbestimmung oder auch das Recht auf freie Versammlung zu Gunsten eines fragwürdigen Sicherheitsgewinns eingeschränkt werden sollen, stirbt Freiheit mit Sicherheit.

DIE LINKE bleibt deswegen dabei: Nein zum Polizeigesetz!

Die AG Wirtschaft, Planen und Umwelt braucht Eure Hilfe!

Wir alle haben es selbst erlebt, die Wohnungen werden rekonstruiert und die Mieten steigen. Die Politik und die Wohnungseigentümer erklären einmütig, das macht nichts, denn dafür sinken die Betriebskosten. Wir haben Zweifel, ob diese Aussagen stimmen. Nur Zweifel helfen nicht für die politische Arbeit. Wir wollen Beweise, deshalb bitten wir Alle, die vor und nach der Rekonstruktion in der gleichen Wohnung wohnen, uns Ihre Betriebskostenabrechnung zur Verfügung zu stellen. Wir wollen eine Gegenüberstellung der einzelnen Daten vornehmen, um die Aussagen der Kompensierung der Mieterhöhung zu überprüfen. Dabei genügt es nicht, nur die Preise zu wissen, da diese in den letzten Jahren auch gestiegen sind.

Je mehr Daten wir haben, desto sicherer sind unsere Aussagen, denn bei nur wenigen Daten können individuelle Umstände das Bild verfälschen.

Ihr könnt gern in der Blumenstraße oder im Ernst-Haeckel-Weg von

Euren Unterlagen Kopien anfertigen und die persönlichen Daten schwärzen. Wir brauchen die Quadratmeterzahl, die Kaltmieten und die Betriebskostenabrechnung. Schön wäre auch die Lage, also Innenstadt, Silberhöhe etc.. Natürlich sind für uns die städtischen Wohnungsgesellschaften am Interessantesten, weil wir dort als Eigentümer Einfluss haben, aber auch die anderen Vermieter sind wichtig für den Vergleich.

Aus den Medien habt Ihr sicher erfahren, dass in manchen Städten die Warmmieten ins Astronomische steigen. Mit unserer Aktion wollen wir die Lage in Halle bewerten und eventuelle Schritte einleiten, um diesen Trend zu stoppen. Natürlich ist energetische Sanierung für die Umwelt äußerst wichtig, aber sie muss auch sozial verträglich sein.

Solltet Ihr noch Fragen dazu haben, wendet Euch bitte an Frigga Schlüter-Gerboth, Telefon: 2 94 18 63.

Die Termine der Regionalkonferenzen im Monat März 2013

Region	Ort / Datum	Tagungshaus	Übersicht
Nord	Lübeck 2.03.2013 11-16.00 Uhr	Clousters, Braunstraße 1-3 23552 Lübeck	LV Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein, zusätzlich kann der LV Niedersachsen darauf orientieren Vertreter des GfPV: Jan van Aken
Ost	Berlin 9.03.2013 11-16.00 Uhr	IG Metall Alte Jacobstraße 149 10969 Berlin	LV Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen, zusätzlich kann der LV Niedersachsen darauf orientieren Vertreterin des GfPV: Katja Kipping
Süd	Nürnberg 10.03.2012 11-16.00 Uhr	Villa Leon Philipp-Körber-Weg 1 90439 Nürnberg	LV Bayern, Baden-Württemberg, Thüringen, zusätzlich kann der LV Hessen darauf orientieren Vertreter des GfPV: Bernd Riexinger
Südwest	Frankfurt/a.M 17.03.2012 11-16.00 Uhr	Gewerkschaftshaus W.-Leuschner-Str.69-77 60329 Frankfurt/Main	LV Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, zusätzlich kann der LV Nordrhein-Westfalen, Baden Württemberg und Niedersachsen darauf orientieren Vertreter des GfPV: Bernd Riexinger
West	Dortmund 23.03.2013 11-16.00 Uhr	Reinoldinum Schwanenwall 34 44135 Dortmund	LV Niedersachsen, Bremen, Nordrhein-Westfalen Vertreter des GfPV: Jan van Aken

Da greift etwas um sich!

Tim H. verurteilt zu 22 Monaten Haft – er rief über das Mikrofon „Kommt nach vorne“.
Michael Leutert verliert seine Immunität im Deutschen Bundestag, wegen „Sprengung“ einer genehmigten Veranstaltung.

Caren Lay verliert ihr Immunität im Deutschen Bundestag wegen Blockade gegen Nazis

Das alles geschehen im Jahre 2013

Die Neonazis wollten 2011 in Dresden marschieren – Tausende stellten sich dagegen, denn sie hatten begriffen die Worte des Pfarrers Martin Niemöller:

„Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat.
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.“



Und ich dachte immer

Und ich dachte immer: die allereinfachsten Worte
Müssen genügen. Wenn ich sage, was ist
Muß jedem das Herz zerfleischt sein.
Daß du untergehst, wenn du dich nicht wehrst
Daß wirst du doch einsehn.

Bertolt Brecht

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90
eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Sven Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - tägig
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
07.02.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 28.02.2013



PREISSKAT in Halle am Freitag, dem 15. Februar 2013

Beginn: 14 Uhr

Ende: gegen 18 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität Saaleufer, Böllberger Weg
150, Anfahrt mit der Straßenbahn, Linien 1 und 6 sowie Buslinie 26,
Haltestellen sind Diesterwegstraße oder Passendorfer Weg.

Der Einsatz beträgt 5,00 Euro. Jeder erhält einen Preis.

Gespielt werden 2 Runden: 36 Spiele am Vierertisch und
27 Spiele am Dreiertisch und nach der Skatordnung des
Deutschen Skatverbandes e. V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.